

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Mohssen Massarrat **2** Ölpreis und Demokratie
- Dirk Lühr **12** Wie eine „unsichtbare Hand“ nach der „Allmende“ greift – Eine Kritik der Property-Rights-Theorie
- Stephan Bannas **31** Faire Marktwirtschaft – Ein Weg zur Dezentralisierung durch Reformen von Gesellschafts-, Haftungs- und Markenrecht
- Jörg Gude **39** Führen Mindestlöhne zu mehr Arbeitslosigkeit?
- 43** Bücher – Berichte

Ölpreis und Demokratie

Mohssen Massarrat

Übersicht

Abstract

- 1 Grundsätze, Bestandteile und langfristiger Trend der Ölpreisbildung auf dem Weltmarkt
 - 1.1 Marginal Costs, Knappheitsrente und faire Preise auf dem Ölsektor
 - 1.2 Zeit-Erschöpfbarkeits-Kosten (Scarcity Time Costs): Hotellings neoklassische Theorie
 - 1.3 Ricardo-Marx-Hotelling-Theorie
 - 1.4 Souveränität und Demokratie in Öl produzierenden Staaten
- 2 Ölpreisbildung auf dem Weltmarkt seit 1920
 - 2.1 Solows Behauptung von der Unerschöpfbarkeit natürlicher Ressourcen
 - 2.2 Theorie von Dumpingpreisen
 - 2.3 Auswirkungen des gesellschaftlichen Strukturwandels in Ölstaaten auf den Ölpreis
- 3 Gesamtbetrachtung der Ölpreisentwicklung seit 1861 bis heute
- 4 Ölknappheitspreis: Voraussetzung für Transformation zu regenerativen Energien und nachhaltiger Entwicklung

Abstract

Öl war das mit Abstand bedeutendste strategische Gut im 20. Jahrhundert und wird es auch absehbar bleiben. Die bisher geltenden Ölniedrigpreise sind für drei schicksalhafte Entwicklungen in der heutigen Welt verantwortlich: sie begünstigten die energieintensiven, weltweit nicht nachhaltigen Wachstumsmuster, sie forcierten die Destabilisierung des Weltklimas und sie wurden zu einem maßgeblichen Hebel der Umverteilung der Ölrente zu Gunsten der Konsumentenstaaten. Die typisch neoklassische Antwort, dass Angebot und Nachfrage die Ölpreise bestimmen, ist tautologisch und lieferte lediglich die Rechtfertigung für Ölniedrigpreise. Die Neoklassik hat weder für die Paradoxie des lang anhaltenden Ölüberangebots und Preissenkungen noch für Preissprünge in den letzten 30 Jahren eine schlüssige Erklärung. Eine umfassende Öl-

preistheorie, die der Komplexität des Gegenstandes Rechnung trägt, ist aber nötig, da sie hilft, den jeweils selektiven Blick zu überwinden und die Rahmenbedingungen für eine weltweit nachhaltige Energieversorgung unvoreingenommen zu diskutieren.

Bei der Ölpreisbildung sind vier empirisch und wissenschaftlich nachweisbare Faktoren maßgebend: 1. Marginal Costs, 2. Knappheitsrente (Scarcity Costs), 3. Zinsrate auf internationalen Finanzmärkten und 4. die nationale Souveränität und Demokratie in den Öl produzierenden Staaten.

Den Industriestaaten gelang es im 20. Jahrhundert mittels politischer Intervention und Kooperation mit diktatorisch regierten Ölstaaten, die Marktgesetze und damit auch die Bildung von ökonomisch begründeten Ölpreisen außer Kraft zu setzen und das Angebotsverhalten der Ölstaaten ihren kurzfristigen Staatsinteressen unterzuordnen. Die Berücksichtigung der Demokratie als Ölpreis regulierender Faktor mag überraschen, sie resultiert aber aus den Grundprämissen aller ökonomischen Lehrmeinungen. Dieser Aspekt dürfte auch im Hinblick auf das US-Projekt „Demokratisierung für Greater Middle East“ – sofern dies ernst gemeint ist – eine politische Brisanz gewinnen.

- 1 Grundsätze, Bestandteile und langfristiger Trend der Ölpreisbildung auf dem Weltmarkt**
 - 1.1 Marginal Costs, Knappheitsrente und faire Preise auf dem Ölsektor**

Es ist zunächst wichtig zu wissen, dass der jeweils aktuelle Ölpreis – funktionierende Märkte vorausgesetzt – nicht durch die billigste, sondern durch die teuerste Sorte Öl – d.h. durch die Kosten und Gewinnerwartungen des Grenzanbieters (Marginal- oder Opportunity Costs) – reguliert wird. Klassiker wie Ricardo und Marx haben diesen Marktmechanismus, der bei allen

erschöpfbaren Ressourcen nach demselben Muster funktioniert, durch die Rententheorie überzeugend nachgewiesen: für Öl-Marktpreise steigen nach dieser Theorie bei steigender Nachfrage und zunehmender Erschöpfung der Reserven in Abhängigkeit von der Nutzung neuer und kostenaufwändiger Ölquellen, wie z.B. bei Ölquellen in der Nordsee bzw. Alaska oder Ölsandfeldern in Kanada.

Somit hängt die Höhe des Ölpreises einerseits von Opportunity bzw. Marginal Costs (MC) ab, die nach Ricardo mit steigender Nachfrage und Nutzung von neuen Ölquellen mit höheren Produktionskosten steigen.¹ Andererseits wird der Ölpreis nach der Marx'schen Rententheorie auch durch die Rente auf der Basis des aktuellen Ressourcenpreises des noch im Boden befindlichen Öls (P_{RE}) beeinflusst, da unter kapitalistischen Bedingungen alle erschöpfbaren Güter, also auch das Öl, Warenform annehmen und als Anlagekapital handelbar werden, noch bevor sie aus dem Boden herausgeholt werden.² Ricardos und Marx' Rententheorie zufolge ist die Höhe des Ölpreises von mindestens zwei Kostenfaktoren, den Marginal Costs und der Ölrente, abhängig ($P = MC + P_{RE}$). Die Eigentümer der Ölquellen können Kraft ihres Monopols, unabhängig davon, ob sie selbst das Öl produzieren oder ob sie die Produktion anderen überlassen, daher als Gegenleistung für ihr Kapital P_{RE} eine Rente verlangen, wobei die Höhe dieser Rente durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Nach Marx setzt sich die Rente aus zwei Komponenten zusammen: Differentialrente (DR), die Eigentümer von qualitativ höherwertigen und produktiveren Quellen, und die Absolute Rente (AR), die alle Eigentümer, auch die Eigentümer der teuersten Sorte, erzielen.

1.2 Zeit-Erschöpfbarkeits-Kosten (Scarcity Time Costs): Hotellings neoklassische Theorie

Der Ölpreis hängt auch von einem dritten Kostenfaktor ab. Er müsste unter dem Einfluss der Zinsrate auf den Finanzmärkten noch zusätzlich steigen. Da das Öl auch bevor es aus dem Boden geholt wird bereits ein Anlagekapital

darstellt, verfügen die Eigentümer über zwei Handlungsoptionen: Sie könnten das Öl, soweit Produktionskapazitäten vorhanden sind, sofort aus dem Boden holen oder aber die Produktion auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Bei hohen Zinsraten auf den Finanzmärkten neigen die Eigentümer dazu, das schwarze Gold möglichst bald und in großen Mengen zu veräußern, um das erwirtschaftete Geld auf den internationalen Finanzmärkten anzulegen. Bei niedrigen Zinsraten ziehen sie es vor, die Produktion zunächst zu drosseln, um sie dann in Erwartung steigender Marktpreise wieder zu erhöhen und ihre Einnahmen zu steigern. Dieses plausible Optimierungsverhalten zwingt die Anbieter von erschöpfbaren Rohstoffen wie Öl – wiederum funktionierende Märkte vorausgesetzt – grundsätzlich zu einer Angebotszurückhaltung. Dieser Zusammenhang veranlasste 1931 den US-Ökonomen Harold Hotelling³ zu der These, dass die Marktpreise von erschöpfbaren Rohstoffen langfristig steigen, und zwar exponentiell und mindestens im Umfang der Wertsteigerung einer Geldkapitalanlage nach der Zinseszinsregel $P_{RE} \cdot e^{rt}$, wobei P_{RE} den aktuellen Wert des noch nicht produzierten Öls, r die Zinsrate und t die Zeit darstellt.

1.3 Ricardo-Marx-Hotelling-Theorie

Nun sollen alle ökonomischen Bestimmungsfaktoren des Ölpreises im Zusammenhang diskutiert werden. Die drei oben dargestellten Kostenfaktoren wurden jeweils von Ricardo, Marx bzw. Hotelling, also drei klassischen bzw. neoklassischen Theoretikern, unabhängig voneinander herausgestellt. Marx bezieht sich zwar auf Ricardo, Hotelling jedoch weder auf Marx noch auf Ricardo. Jeder dieser Faktoren für sich allein beschreibt einen partiellen Kostenfaktor. Erst im Zusammenhang miteinander ergeben sie die Grundlage für eine umfassende Preistheorie erschöpfbarer Ressourcen (Scarcity Price P_s), die alle Kostenfaktoren berücksichtigt. In diesem Sinne fasse ich alle Preiselemente erschöpfbarer Ressourcen (z.B. des Öls) in einer neuen Ricardo-Marx-Hotelling-Theorie zusammen: $P_s = MC + P_{RE} \cdot e^{rt}$

Die Erschöpfbarkeit ist im Sinne der Endlichkeit natürlicher Ressourcen zwar eine physische Kategorie. Als ökonomische Kategorie bedarf sie jedoch einer gesellschaftlichen Definition. Sie hängt nicht nur von heutigen Märkten, sondern auch von den Märkten künftiger Generationen ab. Die intertemporale Definition von Knappheit könnte dazu führen, die Knappheit als ökonomische Gegenwarts-kategorie zu leugnen, da künftige Nachfrager und Anbieter unmöglich auf heutigen Märkten präsent sein können. Diese Sicht ist m.E. selektiv und ahistorisch. In der Realität haben Generationen in Abhängigkeit von der ihnen zur Verfügung stehenden Technologie ihr jeweils spezifisches ökonomisches Knappheitsproblem: Im 18. und 19. Jahrhundert wurde die Kohle als Energieträger bald knapp. Die Generationen des 20. Jahrhunderts entdeckten das Öl, das wiederum heute ein knappes Gut geworden ist, unabhängig davon, ob künftige Generationen ebenfalls einen „Heißhunger“ auf fossile Energien hätten oder es vorziehen würden, auf regenerative Energiequellen umzusteigen. Nur bei dieser unerschöpflichen Ressource würde es weder Eigentum noch Knappheitsrente geben und so auch keinen Grund, deshalb Kriege zu führen.

Bei der obigen Analyse der drei Kostenfaktoren wurde stets vorausgesetzt, dass die Marktmechanismen vollständig wirken. Zu diesen Voraussetzungen gehört vor allem die Wahlfreiheit aller Anbieter und Nachfrager. Für die Preisbildung spielt daher ein vierter Faktor eine wichtige, für die Ölpreisbildung sogar entscheidende Rolle.

1.4 Souveränität und Demokratie in Öl produzierenden Staaten

Marktgesetze gelten jedoch nur, wenn alle Marktteilnehmer in der Lage sind, nach individuellen Optimierungskriterien und Präferenzen souverän zu handeln. Dies ist die stillschweigende Grundannahme aller neoklassischen Markt-, Preis- und Gleichgewichtstheorien. Die Souveränität der Marktteilnehmer ist aber ohne Wahlfreiheit, ohne selbstbestimmte Optimierungspräferenzen und Wettbewerb um Interessenop-

timierung nicht vorstellbar. Sie ist, mit anderen Worten, untrennbar mit der Demokratie verbunden. Dies gilt sowohl innerhalb wie zwischen den Volkswirtschaften. Demnach spiegeln sich Marktgesetze in demokratisch verfassten Gesellschaften und zwischen Demokratien durch faire Austauschbeziehungen wider. Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese soziale Grundbedingung im Ölsektor von Anbeginn bis zur Gegenwart gegeben war und warum dann der Ölpreis seit 1920, dem Zeitpunkt der Entstehung des Öl-Weltmarktes, entgegen der oben dargestellten Theorie dauerhaft gesunken ist, statt – wie beispielsweise der Bodenpreis – exponentiell zu steigen.

2 Ölpreisbildung auf dem Weltmarkt seit 1920

2.1 Solows Behauptung von der Unerschöpfbarkeit natürlicher Ressourcen

Um die oben gestellte Frage empirisch und logisch herauszuarbeiten, müssen wir zuerst zwei Etappen in der Geschichte des Ölsektors unterscheiden: Erst seit dem Beginn der Ölproduktion 1861 bis 1920, d.h. die Periode, in der Öl hauptsächlich in den Vereinigten Staaten produziert und verbraucht wurde. Und dann die Periode nach 1920, als mit der Ölproduktion auch außerhalb der Vereinigten Staaten begonnen und das Öl zu einer Weltmarktware wurde.

Wie durch die reale Ölpreisentwicklung belegt werden kann (siehe dazu die Abb. auf S. 9), entspricht der Ölpreistrend in der ersten Phase der oben dargestellten Ricardo-Marx-Hotelling-Theorie. Der Ölpreis sinkt nach den ersten Entdeckungen in den USA durch die Entwicklung neuer Bohr- und Gewinnungstechnologien zwischen 1861-1880 zunächst rapide, um dann als Folge zunehmender Nachfrage und marginal Costs bis 1905 wieder zu steigen. Mit der Entdeckung neuer Ölquellen am Ende des 19. Jahrhunderts und überschüssigem Angebot sank der Ölpreis, um anschließend wieder anzusteigen. Zweifellos bestimmen in dieser Periode Erschöpfbarkeitsregeln – wie durch die Ricardo-Marx-Hotelling-Theorie begründet – die Preisentwicklung. Nach 1920, dem Wendepunkt des Ölpreistrends, und

mit der Entstehung des Ölweltmarktes sinken die Ölpreise kontinuierlich und stabilisieren sich auf dem niedrigen Niveau von 1-2 Dollar pro Barrel. Ein erneuter Anstieg der Preise bleibt bis 1979 über fast ein halbes Jahrhundert aus (Abb. auf S. 9), obwohl die Ölnachfrage in diesem Zeitraum weltweit um 1300% gestiegen ist.

Der US-Ökonom und Nobelpreisträger für Ökonomie, Robert Solow, nahm diesen weltweiten Trend der sinkenden Öl- und Rohstoffpreise zum Anlass, um 1974 in einem viel beachteten Artikel seine Behauptung von der Unerschöpfbarkeit natürlicher Ressourcen zu begründen.⁴ Wie zuvor der Mainstream der Neoklassik hielt auch Solow die Hotelling-Theorie damit gleichwohl für widerlegt. Solows Schlussfolgerung resultierte jedoch aus einer selektiven und ahistorischen Beobachtung des Ölpreistrends. Er missachtete sowohl den Ölpreistrend in den USA in der ersten Periode 1861-1920 wie auch das Fehlen der Marktsouveränität und Demokratie in den Öl produzierenden Staaten des Südens in der Periode nach 1920. Die These von der Unerschöpfbarkeit der Ölquellen lieferte die Rechtfertigung für die Fortsetzung des ungezügelter und verschwenderischen Konsums fossiler Energien. Sie war angesichts der ökologischen Folgen unverantwortlich und hat sich schließlich auch als eine grandiose Fehleinschätzung erwiesen. Welches waren aber die tatsächlichen empirisch und logisch nachvollziehbaren Gründe für die sinkenden Ölpreise, die den Lauf der Geschichte und der besonders energieintensiven Konsum- und Produktionsmuster in den kapitalistischen Staaten entscheidend prägten?

2.2 Theorie von Dumpingpreisen

Solow hatte in seinem Artikel auch übersehen, dass zum Zeitpunkt der Globalisierung der Ölindustrie immer noch über 75% der Weltbevölkerung im vorindustriellen Zeitalter lebten, daher auch auf den Märkten nicht als Konsumenten in Erscheinung traten, und dass das Überangebot des Öls aus dem Persischen Golf nur eine vorübergehende und nicht dauerhafte Erscheinung war. Hinzu kommt die fehlende Marktsouveränität und mangelnde Demokratie in den

Staaten am Persischen Golf und Südamerika, die – wie unten näher dargelegt wird – die paradoxe Entwicklung der kontinuierlichen Ölpreissenkung mit verursachten.

Um diese These präzise zu erläutern, müssten auch nach 1920 zwei weitere historische Perioden unterschieden werden: Die erste Periode reicht bis zu den Anfängen der 1970er Jahre, als die großen Ölkonzerne die Ölquellen der Golfregion in Eigenregie nutzten. Die zweite Periode beginnt ab Anfang der 1970er Jahre mit der flächendeckenden Welle der Nationalisierung des Ölsektors in allen OPEC-Staaten, wie sie im Abschnitt 3 genauer dargestellt wird.

Tatsächlich hatten die Öleigentümerstaaten des Südens ihre Souveränität als Marktteilnehmer bis Anfang der 1970er Jahre buchstäblich an eine Handvoll multinationaler Ölkonzerne übertragen, in der Regel gegen eine vernachlässigbare Gewinnbeteiligung von 10-20%. Damit übernahmen wirkungsmächtige Akteure der Nachfrageseite das Kommando über das Angebot und können so das Anbieterverhalten im eigenen Interesse und auch im Interesse der Nachfrageseite (Industriestaaten) manipulieren. Aus Furcht, die unfairen Verträge würden nicht von langer Dauer sein, holten die Ölmultis über beinahe vier Dekaden und ohne Rücksicht auf ökonomische und geologische Nachhaltigkeitsregeln so viel Öl wie sie nur konnten aus den Bohrlöchern, um anschließend – wie Hotelling darstellte – den Erlös auf den internationalen Finanzmärkten anzulegen. Auf diese Weise setzen die Ölkonzerne das marktmäßige Rückgrat der Ressourceneigentümer zur langfristigen Nutzenmaximierung (Hotelling-Regel) außer Kraft.

Die starke Konkurrenz um die Verwandlung des mit geringem Aufwand geförderten Öls in Geldkapital machte einerseits die Ölmultis zu den finanzkräftigsten Konzernen der Welt, rief andererseits aber latente Überproduktion mit (wie die langfristige Ölpreisentwicklung zeigt) Preisen von 1-2 US-Dollar/Barrel hervor. Während die Ölschwemme aus den Quellen des Mittleren Ostens zum Grundstein des Massenkonsums und des fordistischen Wachstumsmodells in USA und Europa wurde, verloren Völker ganzer Regionen unwiederbringlich einen Teil ihres natürlichen

Reichtums. Die Eliten der Ölstaaten ließen sich Verträge als Freibriefe zur uneingeschränkten Ölausbeutung durch Ölkonzerne abtrotzen, weil sie sich ausschließlich von ihren eigenen kurzfristigen Partialinteressen leiten ließen und weder zum Wohle ihrer Völker noch zum Wohle künftiger Generationen handelten. Demokratisch legitimierte Eliten hätten derartigen Verträgen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zugestimmt.

Unter diesen Rahmenbedingungen verlor der Knappheitspreis seine Grundlage und der Knappheitsfaktor des Ölpreises $P_{RE} \cdot e^{rt}$ wurde statt anzusteigen auf einen Bruchteil seiner Größe $a < P_{RE} \cdot e^{rt}$ reduziert. Dabei wurde er auch nur anteilig in Form einer Ölrente als Gegenleistung für die Nutzung der ergiebigen Ölquellen der Welt an die Eigentümerstaaten abgegeben. In dieser Etappe wird also der Knappheitspreis (PS) durch den Dumpingpreis (PD) substituiert:

$$P_D = MC + a < MC + P_{RE} \cdot e^{rt}$$

Dumpingpreise sind in der Regel Subventionen an Konsumenten oder dienen der gezielten Förderung ökonomisch schwacher Sektoren einer Volkswirtschaft. Derartige Subventionen sind in der Regel kurzfristige Transferleistungen der Mehrheit an die Minderheit. Der Dumpingpreis für Ölquellen, die eigentlich das Erbe der Menschheit und nur durch Zufall in den Besitz weniger Staaten geraten sind, ist aber nichts anderes als eine gigantische Subventionierung der Mehrheit durch die Minderheit. Die heutigen Eigentümer gewähren unwiederbringlich und ohne Gegenleistung Subventionen an die gegenwärtigen Konsumenten zu Lasten der eigenen Bevölkerung und künftiger Generationen. Die Folgen dieser Art der Subventionierung der Gegenwart für die Zukunft der Menschheit und die Stabilität des globalen Klimas sind genauso verhängnisvoll wie die gegenwärtige Subventionierung des inländischen Energieangebots in den meisten OPEC-Staaten, die besonders den reichen Schichten dieser Staaten zugute kommt.

Um dieser schon Mitte des 20. Jahrhunderts erkennbaren Fehlentwicklung einen Riegel vorzuschieben, wurde 1951 die Nationalisierung der Ölindustrie durchaus nicht zufällig zum Hauptziel der ersten demokratischen gewählten Regierung im Iran und im gesamten Mittleren Osten.

Diese mit dem Namen Mossadegh verbundene Regierung, die man als den ersten souverän handelnden Akteur aus dem Mittleren Osten auf dem internationalen Ölmarkt bezeichnen kann, hätte schon damals andere Völker zum Nachahmen animiert, vielleicht sogar eine Demokratisierungswelle in der gesamten Region ausgelöst, wäre sie nicht 1953 auf Betreiben des amerikanischen Geheimdienstes CIA gestürzt und durch den diktatorisch regierenden Schah ersetzt worden. Schon Eisenhower erkannte, dass sich die Demokratisierung im Mittleren Osten zu einer Gefahr für Wirtschaftswachstum und das amerikanische Konsummodell entwickeln könnte und erteilte dem CIA unter dem Vorwand der kommunistischen Gefahr grünes Licht für den Sturz Mossadeghs. Ist aber dieses Beispiel nicht der historische Beweis dafür, dass der vom Ölrausch befallene Westen dazu neigte, souveräne Marktakteure auszuschalten und damit eigentlich die Marktlogik auf den internationalen Ölmärkten außer Kraft zu setzen?

Öl ist der wichtigste Schmierstoff des Wirtschaftswachstums, steigende Ölpreise sind somit wachstumshemmend und belasten die Verbraucher. Nach IEA-Berechnungen sinkt das Wachstum in den OECD-Staaten um 0,4%, wenn der Ölpreis um 10 US-Dollar/Barrel ansteigt.⁵ Steigende Ölpreise bescheren andererseits den Ölanbieterstaaten höhere Renteneinnahmen. Ölpreise haben insofern eine doppelte Funktion: einerseits stimulieren bzw. hemmen sie das Wirtschaftswachstum, andererseits sind sie ein entscheidender Hebel für die globale Verteilung der Ölrenten. Hinsichtlich beider Aspekte hatten die OECD-Staaten als Hauptverbraucher schon immer ein fundamentales Interesse an möglichst niedrigen Ölpreisen, d.h. an einem internationalen Ölmarkt mit starker Angebotsflexibilität und stabilen Preisen auf niedrigem Niveau. Dadurch war es möglich, nicht nur höhere Wachstumsraten zu erzielen, sondern auch die Umverteilung der Renteneinnahmen von der Anbieter- zur Nachfrageseite – immerhin handelt es sich um astronomische Summen von jährlich mehreren hundert Milliarden US-Dollar – dauerhaft sicher zu stellen. In der Tat entwickelten sich niedrige Ölpreise in den OECD-Staaten zu einem wirksamen Instru-

ment der innerpolitischen Konsensbildung und Stabilität von „Wohlstandsdemokratien“.

Insofern geschah es in voller Übereinstimmung mit den Interessen der OECD-Staaten, dass auf dem internationalen Ölmarkt der letzten sieben Jahre trotz zunehmender Erschöpfung der Ölreserven ganz überwiegend eine strukturelle Überproduktion von Öl und allen anderen fossilen Energieträgern vorherrschte. Das war ein Novum in der Geschichte des Kapitalismus und widersprach auch jeder Marktlogik. Denn normalerweise reagieren die Anbieter in der Marktwirtschaft auf Überproduktion und sinkende Preise mit Produktionsdrosselung, paradoxerweise nicht jedoch im Ölsektor, d.h. ausgerechnet in einem Sektor, in dem die Marktlogik wegen relativer Knappheit nicht Überproduktion, sondern umgekehrt eine Angebotszurückhaltung verlangt.

2.3 Auswirkungen des gesellschaftlichen Strukturwandels in Ölstaaten auf den Ölpreis

Die Ölmultis hatten Recht, die diskriminierenden Verträge konnten nicht von langer Dauer sein. Unter dem wachsenden Legitimationsdruck der eigenen Bevölkerungen mussten selbst die Diktatoren (wie der auf den Thron zurückgeholte Schah Reza Pahlewi im Iran) Anfang der 1970er Jahre allesamt die Ölindustrie nationalisieren. Sie gewannen dadurch einen Teil ihrer Marktsouveränität zurück. Daraus folgten 1974 anlässlich des Jom Kippur-Krieges und 1979 anlässlich der iranischen Revolution zwei Ölpreissprünge, zunächst von 2 auf 10 und dann auf 40, in realen Preisen auf über 80 US-Dollar/Barrel.

Doch trotz der Erlangung der formalen Souveränität über die eigenen Ölquellen stellte sich die Normalisierung der Marktkräfte im Ölsektor als eine kurze Episode heraus. Denn eine Demokratisierung, die einen offenen Wettbewerb um den besten Weg zur Optimierung nationaler Nutzen aus dem Ölgeschäft einschließt, fand auch nach der Verstaatlichung der Ölfelder nicht statt. Die weit und breit herrschenden Petrodollar-Monarchien waren weiterhin geneigt, sich auf einen Kuhhandel mit dem größten Ölverbraucher USA, einzulassen: eigene Herrschaftsabsicherung und

militärische Kooperation gegen eine moderate Ölpreispolitik. Mangels Legitimation und Kontrolle durch eigene Völker blieben so die Regierungen der Ölstaaten weiterhin erpressbar. Wie diese Regierungen – vor allem die Regierung Saudi-Arabiens – zum Vollstrecker eines politisch manipulierten Ölpreissystems gemacht wurden, beschreibt der US „Economic Hit Man“ John Perkins in seinem erschütternden Bericht über die weitverbreitete geheimdienstliche Praxis von US-Regierungen, sich Herrscher der Dritte Welt-Staaten mit Schlüsselfunktionen für die Weltwirtschaft unterhalb der Schwelle der Gewaltanwendung gefügig zu machen. „In den 70er Jahren“, sagte Perkins, „wirkte ich bei einem besonderen Deal mit, über den heute wieder oft gesprochen wird. Das saudische Königshaus stimmte zu, den größten Teil seiner Petrodollar in den USA zu reinvestieren und sie in amerikanischen Regierungsanleihen anzulegen. Sie stimmten auch zu, den Ölpreis innerhalb für uns akzeptabler Grenzen zu halten. Im Gegenzug verpflichteten wir uns, das Haus Saud an der Macht zu halten.“⁶

Tatsächlich sind die Petrodollar-Oligarchien der drei Ölstaaten Saudi-Arabien, Kuwait und Arabische Emirate de facto Protektorate der USA. Mit einem Weltmarktanteil von knapp unter 20% schufen sie hohe Förderkapazitäten und sorgten weiterhin für eine latente Öl-Überproduktion in den 1980er und 1990er Jahren. Als Folge der beträchtlichen Überkapazitäten in der OPEC und des Ausbaus kostenaufwändigerer Öl- und Energiequellen außerhalb der OPEC entstand fortan buchstäblich eine Abwärtsspirale des Ölpreises von 40 bis auf 10 US-Dollar/Barrel Ende der 1990er Jahre. Selbst das plötzliche Wegfallen der kuwaitisch-irakischen Öllieferungen während der Kuwait-Krise, die immerhin 20% des OPEC-Anteils ausmachten, rief – wie in der Abb. auf Seite 9 zu erkennen ist – keine dramatische und länger anhaltende Ölpreissteigerung hervor, wie eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Die Saudis hatten binnen kürzester Zeit die Marktlücke durch höhere Auslastung bestehender Überkapazitäten vollständig gefüllt. Neoklassiker leugnen durchaus nicht das Phänomen der Ölüberproduktion. Sie führen diese jedoch auf das strategische In-

teresse der OPEC selbst zurück, die als Kartell die Überkapazitäten nicht zurückfährt, um langfristig höhere Preise durchzusetzen. Dass Kartelle bestrebt sind, mit kurzfristigen Dumpingpreisen ihren langfristigen Nutzen zu maximieren, ist unstrittig. Für die OPEC trifft diese Erklärung jedoch nicht zu, da mit Dumpingpreisen über viele Jahrzehnte die Nutzen der OPEC-Mitglieder nicht maximiert, sondern minimiert wurden.⁷

Über einen Zeitraum von beinahe sieben Dekaden gelang es also den Industriestaaten erst durch zweifelhafte Nutzungsverträge und später durch gezielte Kooperation mit bestenfalls halb-souveränen, demokratisch nicht legitimierten Öllieferstaaten des Mittleren Ostens die Marktgesetze im Ölsektor unwirksam zu machen. Trotz anhaltend steigender Nachfrage und sukzessiver Erschöpfung von Ressourcen kannte und kennt der Ölmarkt immer noch keine Knappheits-, sondern dank politisch eingefädelter struktureller Überproduktion Niedrigpreise. Mangel an Demokratie in den Ölstaaten war und ist der entscheidende, jedoch nicht der ausschließliche Grund für Überproduktion und niedrige Ölpreise. Andere politische Faktoren (wie z.B. das Recycling von Petrodollars in Rüstungsgüter), regionale Rüstungseskalation (mit dem daraus resultierenden Devisenbedarf für mehrere Golfkriege und Wiederaufbauaktivitäten) und ökonomische Faktoren wie Anhebung des Zinsniveaus in den USA während der 1980er Jahre, zunehmende Auslandsverschuldung der Ölstaaten und Strukturanpassungsprogramme des IWF trugen ihrerseits jeweils zur Überproduktion bei.⁸

3 Gesamtbetrachtung der Ölpreisentwicklung seit 1861 bis heute

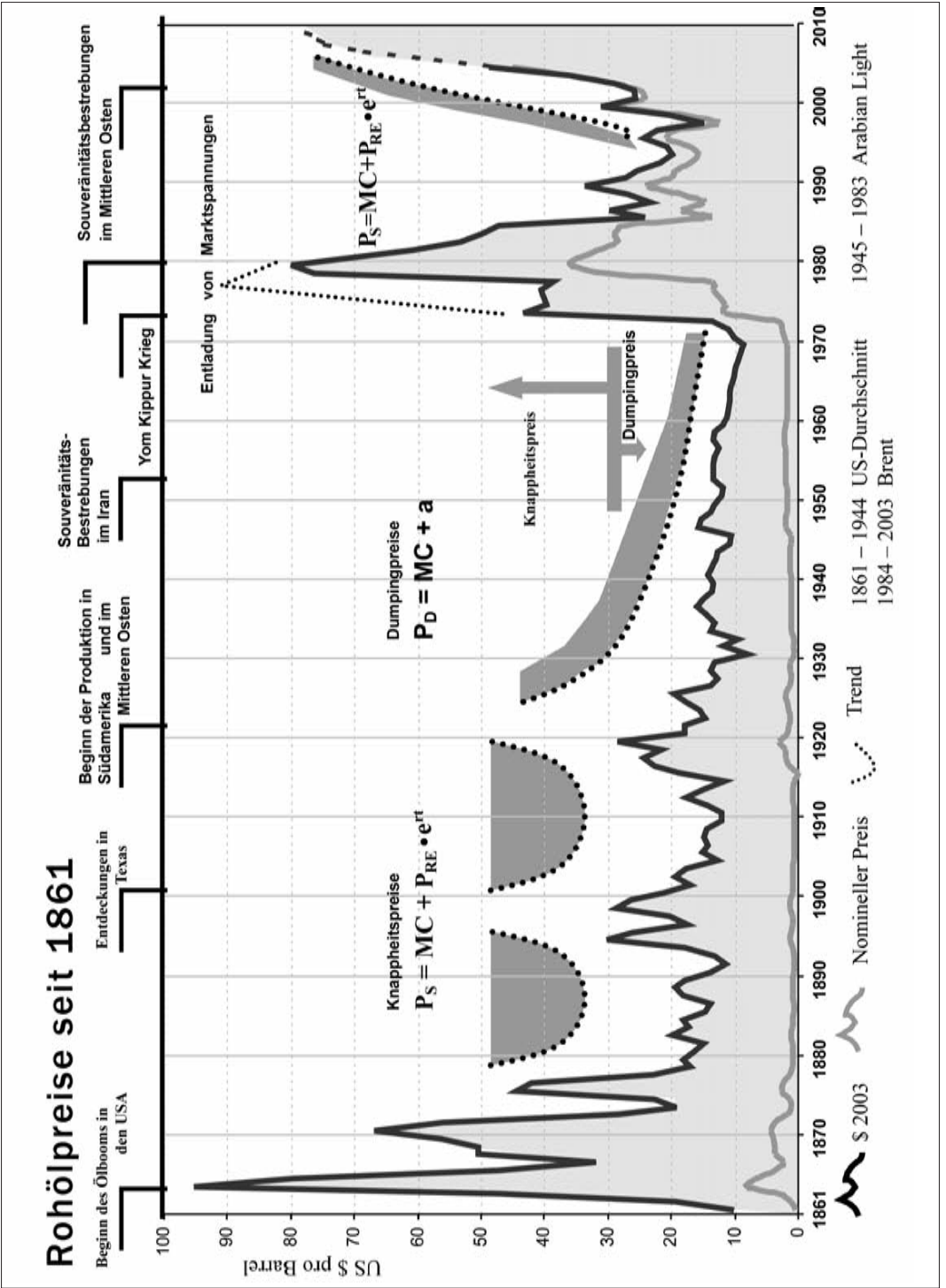
Die oben dargelegte Ölpreistheorie spiegelt die Geschichte der Ölpreise in insgesamt drei unterscheidbaren Etappen wider:

In der Ära der US-Öldominanz (1861-1920) verlief der Ölpreis auf dem nahezu vom Weltmarkt unabhängigen US-Ölmarkt exakt entsprechend dem in der Ricardo-Marx-Hotelling-Theorie dargestellten Trend.

Die zweite Etappe seit 1920 bis Anfang der siebziger Jahre muss als Dumpingpreis-Periode

bezeichnet werden. Nach der Entdeckung umfangreicher Ölquellen im noch nicht demokratisierten, von Diktatoren und Stammeshäuptlingen regierten Mittleren Osten bestimmen nicht länger die Marktmechanismen für erschöpfbare Ressourcen, sondern Gesetze der Machtungleichheit im dualistischen Verhältnis zwischen den durchkapitalisierten und demokratisierten Ökonomien und dem nicht kapitalistischen und nicht demokratisierten Mittleren Osten. Dank neokolonialistischer Nutzungsverträge und unter dem Druck der strukturellen Überproduktion tendiert der Kapitalwert der Ölquellen PRE nahezu gegen Null und der Ölpreis auf das niedrige Marginal Costs-Niveau.

Die in Gang gekommene innergesellschaftliche Transformation in den Ölstaaten am Persischen Golf und die neue Identität der OPEC trug in dieser Etappe dazu bei, dass das Ende von Ölniedrigpreisen eingeleitet wurde. In dieser Periode setzen sich schockartig zwei Ölpreissprünge durch. Diese können als Durchbruch eines großen Preisdrucks interpretiert werden, der als Folge eines künstlich niedrig gehaltenen Ölpreises wie der Springbrunnen aus den Rissen einer tiefergelegenen Wasserquelle emporsteigt, um mit voller Wucht den Höhenunterschied zu überbrücken. In dieser Periode des Übergangs gelang es den Öl verbrauchenden Industriestaaten durch wirksame Gegenstrategien, z.B. Gründung der International Energy Agency (IEA), Ausbau der Nuklearenergie und der Produktion außerhalb der OPEC, die neu gewonnene Verhandlungsmacht der OPEC zu schwächen und ab 1985 (Höhepunkt des Iran-Irak-Krieges) abermals den alten Zustand von Überproduktion und Dumpingpreisen wieder herzustellen, der bis Ende der 1990er Jahre andauerte. Vor unseren Augen beginnt schließlich jedoch das Zeitalter von Ölnknappheitspreisen, das unter normalen Bedingungen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Denn neue nachfragemächtige Staaten wie China, Indien und andere Schwellenländer machen dem Nachfragemonopol der Industriestaaten Konkurrenz. Die Zeiten, als nur 20% der Weltbevölkerung 100% der Ölquellen für sich in Anspruch nahmen, gehören für immer der Vergangenheit an.



Das Nachfrage-Angebot-Verhältnis für Öl (und wohl auch für andere Ressourcen) beginnt sich zu normalisieren. Ab jetzt müssten auch entwickelte Industrieländer lernen, die Ölknappheit als Tatsache anzuerkennen statt sie zu ignorieren.

Vor dem Hintergrund der oben formulierten Ölpreistheorie ist damit zu rechnen, dass im Zuge der Demokratisierung die Regierungen der Ölstaaten sich konsequenter als bisher den langfristigen nationalen Interessen verpflichten und das Ziel verfolgen werden, ihre – wie neoklassische Ökonomen sagen würden – kollektiven Grenznutzen zu optimieren. Dies bedeutete allerdings volle Entfaltung der Marktkräfte anstelle des politisch motivierten Diktats der Nachfrage-seite. Daraus resultieren unweigerlich steigende Ölpreise, auch ohne die OPEC. Wirklich freie und unabhängige Parteien in demokratisierten Ölstaaten könnten sich kaum dem innergesellschaftlichen Diskurs über Souveränität und nationale Interessen entziehen und würden einerseits neue Ölmengen- und Ölpreisstrategien, andererseits die Verringerung der eigenen Abhängigkeit von Öleinnahmen zu zentralen Wahlkampfthemen machen, um damit Mehrheiten zu gewinnen. In diesem Szenario verliert die OPEC ihre Bedeutung und wird irgendwann auch überflüssig. Denn die OPEC war eine Reaktion auf anhaltende Dumpingpreise im 20. Jahrhundert. Bei einer anhaltenden Nachfragerückgang im 21. Jahrhundert können Ölstaaten auch ohne die OPEC möglicherweise sogar effizienter ihre nationalen Nutzen maximieren.

4 Ölknappheitspreis – Voraussetzung für Transformation zu regenerativen Energien und nachhaltiger Entwicklung

Nur der Ausbau von regenerativen Energietechnologien, deren Rentabilität mit den Ölpreisen steigen wird, könnte drastischen Ölpreiserhöhungen Grenzen setzen. Ein Ölpreiskorridor, bei dem sich ein moderater Wechsel vom fossilen Energiepfad zum solaren Energiezeitalter vollziehen könnte, dürfte auf jeden Fall auch langfristig weit über 50 US-Dollar/Barrel liegen.

Steigende Ölpreise beschleunigen zwar den Ausbau regenerativer Energien, sie erhöhen aber auch gleichzeitig die Rentabilität der umweltschädlichen Ölsande in Kanada. Daher stellen Ölknappheitspreise keine Garantie für den weltweiten Übergang zu regenerativen Energien dar. Hierzu kommt die Weltgemeinschaft ohne eine globale Regulierung des Angebots aller fossilen Energiequellen nicht aus. Zu diesem Zweck dürfte ein kooperatives Anbieter-Verbraucher-Modell ein gangbarer Weg sein.⁹ In diesem Modell kann das weltweite fossile Angebot im 21. Jahrhundert in Anlehnung an allgemein anerkannte Klimaschutzszenarien drastisch reduziert werden. Der Übergang zu regenerativen Energietechnologien wird jedoch dem Markt überlassen. Ölknappheitspreise steigen in diesem Modell und forcieren den massiven Ausbau regenerativer Energien, sinken jedoch in dem Maße wie sich die regenerativen Energietechnologien verbilligen. Knappheitsrenten steigen in Abhängigkeit von abnehmenden fossilen Ressourcen und treiben die Preise in die Höhe. Insofern werden in der Zukunft Energiepreise auf der Basis fossiler Energieträger zwingend steigen. Dagegen werden Energiepreise bei Einsatz erneuerbarer Energietechnologien langfristig sinken. Denn hier entfällt erstens der Kostenfaktor Knappheitsrente fast vollständig¹⁰, und zweitens sind die Preise im Wesentlichen eine Variable der Technologiekosten, die jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach sukzessive sinken dürften. Im Rahmen eines politisch im Menschheitsinteresse geschaffenen globalen Regulierungssystems für Energien stünden die Marktmechanismen nicht länger im Gegensatz zur Idee der Nachhaltigen Entwicklung. Demokratisierung in den Ölstaaten würde so zu einem komplementären Baustein einer Strategie global nachhaltiger Energieversorgung und des Klimaschutzes.

Das neue Projekt Demokratisierung des Greater Middle East der US-Neokonservativen geriete nach dieser Analyse in Widerspruch zur Hegemonial- und auch zur derzeitigen Klimaschutzpolitik der Vereinigten Staaten. Denn Demokratisierung und souveräne Staaten im Mittleren Osten machen eine kostspielige militärische Sicherheit der Energieversorgung überflüssig.

Der faire Handel würde diese Sicherheit hinreichend gewähren, wie es auch beim internen Handel innerhalb der Industrieländer die Regel ist. Diese Demokratisierung, die authentisch und in der Gesellschaft verwurzelt sein muss, ist jedoch nicht identisch mit dem Demokratieexport, den die Bush-Regierung anstrebt.¹¹

Anmerkungen

- 1 Ricardo, David, 1972: Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, Kapitel II, Frankfurt/Main.
- 2 Marx, Karl, 1969: Das Kapital, Dritter Band, 6. Abschnitt, Berlin.
- 3 Hotelling, Harold, 1931: The Economics of Exhaustible Resources, in: The Journal of Political Economy, Vol. 39, Nr. 2, P. 137-175.
- 4 Solow, Robert M., 1974: The Economics of Resources or the Resources of Economics, in: The American Economic Review, Vol. LXIV, Nr. 2, P. 1-14.
- 5 IEA, Mai 2004.
- 6 Frankfurter Rundschau vom 2. Juli 2005; ferner Perkins, John,

- 2005: Bekenntnisse eines Economic Hit Man, München.
- 7 Inzwischen werden aus diesen Ländern Stimmen laut, die dafür plädieren, die OPEC genau aus diesem Grunde zu verlassen. „Unser Verbleiben in der OPEC ist überflüssig“, sagte der Vorsitzende der Energiekommission des iranischen Parlaments, Kamal Daneshjari, „weil die OPEC ihrer eigenen Philosophie der Verhinderung von Preissenkungen und der Anstrengung zur Nutzenmaximierung ihrer Mitglieder zuwider handelt. ... Die Angebotsobergrenze der OPEC darf sich nicht an Interessen der USA orientieren, sondern an realen Kapazitäten unserer Ölquellen. Dies zu bestimmen ist die Aufgabe unserer Ressourcenexperten und Ingenieure.“ Shargh (Teheraner Tageszeitung) vom 17. September 2005.
- 8 Vgl. Massarrat, Mohssen, 2000: (Anm. 5) S. 123-177, und zwei weitere Bücher des Verfassers, Massarrat 1993 (Anm. 5) sowie Massarrat, Mohssen, 1980: Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft, Frankfurt/New York.
- 9 Vgl. dazu Massarrat, Mohssen, 2005: Über Kyoto I hinaus (unveröffentlichtes Manuskript).
- 10 Die Pachtgebühren für Standorte von Windkraftanlagen oder Solarzellen fallen kaum ins Gewicht.
- 11 Näheres dazu siehe Massarrat, Mohssen, 2005: Demokratisierung des Greater Middle East, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 45/2005.

Chancengleiche Nutzung der natürlichen Ressourcen

„Grundsätzlich sind natürliche Ressourcen das Erbe der Menschheit und dürfen daher in ihrem Gebrauch nicht durch Personen oder Staaten monopolisiert werden. Insofern verlangt die moralische Maxime der Chancengleichheit, dass die UN-Vollversammlung den gesamten Globus zum Erbe der Menschheit erklärt. Personen und Staaten wären dann nicht mehr Eigentümer, sondern bloße Besitzer von Bruchteilen der Natur. Eigentlicher Eigentümer wäre die Menschheit in ihrer Gesamtheit. Ausnahmslos jeder hätte einen gleichen Anspruch auf vorhandene Ressourcen.“

Die gegenwärtigen ökonomischen Aktivitäten ließe die universale Vergesellschaftung unberührt. Privatpersonen oder Staaten würden freilich juristisch in den Status von Besitzern, Pächtern oder Nutzern versetzt und müssten je nach Naturproduktivität an einen von den UN verwalteten Ausgleichsfonds Pacht oder Rente zahlen. Dabei bliebe die Marktförmigkeit der Nutzung – solange es keine bessere Alternative gibt – unangetastet. Und man bräuhete Regeln, um der gesamten Menschheit die erwirtschafteten Einnahmen zurückzugeben, sowie Staaten, denen es an natürlichen Ressourcen fehlt, daran teilhaben zu lassen. ... Chancengleichheit als Universalprinzip legt eine neue Gesellschaftsperspektive jenseits von Kapitalismus und Sozialismus frei.“

Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Chancengleichheit als Universalprinzip,
in: Freitag Nr. 46 vom 16.11.2007 www.freitag.de/2007/46/07461001.php (16.11.2007)